

„Brauchen einen Migrationsgipfel“

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) verzweifelt an der Ampel in Berlin.

Berlin Michael Kretschmer hält es für unangebracht, wenn der Kanzler an Demos für die Demokratie teilnimmt, den Bauern aber ausweicht. Der Vize-Chef der Bundes-CDU will das Thema Agrardiesel nicht auf sich beruhen lassen.

Herr Ministerpräsident, wie fühlt es sich an, wenn man als letzte Hoffnung gegen die Machtübernahme durch die AfD gilt?**Michael Kretschmer:**

Ich beobachte die politische Situation. Mit jeder Meinungsumfrage und in jeder Wahlnachbefragung bekommen wir von den Menschen ein Pflichtenheft erstellt, das immer mit dem Thema Migration beginnt. Dann folgt das Thema Energiepreise. Die Bundesregierung dreht sich in unverantwortlicher Art und Weise weg. Was wir erleben ist demokratiezerstörend. Diese Art der Politik wird das Thema Rechtsextremismus stärken und nicht reduzieren. Das macht mich fassungslos.

Immerhin wird die AfD nun schärfer attackiert. Hilft das?**Kretschmer:**

Nur durch politisches Handeln der demokratischen Parteien und der wichtigen Institutionen kann der AfD der Nährboden entzogen werden. Wenn man die Fragen der Migrationspolitik, Energiepolitik, des übergreifenden Staats klärt, gibt es eine Chance, diese Rechts-extremisten in die Schranken zu weisen. Da hilft keine scharfe Attacke im Bundestag. Es ist auch ein Fehler, wenn der Kanzler auf eine Demo für die Demokratie geht, aber sich den Bauern nicht stellt. Die Demonstrationen für Demokratie haben uns allen Kraft gegeben. Den Mitgliedern der Ampelkoalition muss man aber in aller Klarheit sagen: Sie müssen handeln, Entscheidungen treffen. Die Demokratie verteidigen wir am besten, wenn wir beweisen, dass die Demokratie die Probleme löst.

Würden Sie sich wünschen, dass auf den Demonstrationen Deutschlandfahnen mitgeführt werden? Bisher fehlen sie.

Kretschmer:

Ich liebe die Fahne unseres Landes. Wir dürfen sie nicht den Extremisten überlassen, die sich ihrer bemächtigen wollen. Wir müssen dieses Symbol unseres

freien Landes als Demokraten mit Freude zeigen.

Den Abbau der Begünstigungen beim Agrardiesel hat die Union im Bundesrat ausgebremst. Aufhalten können Sie es nicht. **Kretschmer:**

Ich würde das so nicht sagen. Wir als unionsgeführte Länder machen Änderungen beim Agrardiesel zur Bedingung für die Zustimmung zum Wachstumschancengesetz. Am 21. Februar tagt dazu der Vermittlungsausschuss. Übrigens ein Gesetz, das einen Namen trägt, dem es in keiner Weise gerecht wird. Mit diesem Gesetz wird kein Wachstum generiert.

Haben Sie schon mit Frau Schwesig geredet? Oder den anderen SPD-Ministerpräsidenten?**Kretschmer:**

Das wird jetzt passieren. Es ist unser Vorschlag in den Länderkreis hinein: Zustimmung zum Wachstumschancengesetz nur, wenn auch das Thema Agrardiesel geklärt wird.

Sie sperren sich auch gegen das Krankenhaustransparenzgesetz? Dabei würde es den Ländern sechs Milliarden Euro an Liquiditätshilfen verschaffen.

Kretschmer:

So argumentiert das Ministerium von Karl Lauterbach. Die sechs Milliarden schließen gerade mal die Lücke, die durch Kosten für Inflation, Personalkostensteigerung und medizinischen Fortschritt entstanden ist. Das muss sowieso ausgeglichen werden. Hier wird, wie beim Heizungsgesetz, der dritte Schritt vor dem ersten gemacht. Zunächst braucht es die Hilfen für die Krankenhäuser, dann eine Reform der Krankenhauslandschaft, und dann kann man erklären, wer was wie gut kann. Der Gesetzentwurf ist handwerklich miserabel gemacht.

Wie ist die Stimmung zwischen Bund und Ländern?**Kretschmer:**

Ich zitiere da gern meine Ministerpräsidenten-Kollegen von der SPD, die sagen, noch nie war das Verhältnis zwischen Bund und Ländern so schlecht wie jetzt. Ich schließe mich dieser Meinung an. Es ist ein Virus eingezogen in die Bundespolitik, der schädlich ist, der Vertrauen zwischen den staatlichen Ebe-

nen zerstört.

Ist die Bezahlkarte für Flüchtlinge ein Game-Changer?**Kretschmer:**

Es ist ein Beitrag, der helfen wird, aber er ändert nicht alles. Wir brauchen einen Migrationsgipfel. Wir sind uns doch einig, dass wir die Zahlen reduzieren müssen. Wenn das unser Ziel ist, müssen wir Gesetze und Regeln finden, die das ermöglichen. Der Kanzler sollte deshalb eine parteiübergreifende Kommission einsetzen, die das gesamte gesellschaftliche und politische Spektrum, den Ländern, den Kirchen, UNICEF bis zur Wirtschaft abbildet. Mit dem Ziel, die Zahl deutlich zu begrenzen. Das wäre ein deutliches Zeichen, dass die Demokratie und der Rechtsstaat handlungsfähig ist. Es wäre ein starkes Signal in der Bevölkerung, das viel Vertrauen in die demokratischen Parteien zurückbringen würde.

Und beim Thema Energie?**Kretschmer:**

Da muss es genauso sein. Es braucht eine Lösung zur Frage, wie man das Energieangebot erhöhen und die Preise drücken kann. Wir müssen doch anerkennen, dass sich in den letzten zwei Jahren die Dinge geändert haben. Wir haben wegen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine kein russisches Gas mehr, und Amerika führt einen Wirtschaftskrieg gegen uns mit ihrem Inflation Reduction Act. Darauf müssen wir endlich reagieren.

Die FDP ist gegen das EU-Lieferketten-gesetz. Ein Schritt in die richtige Richtung?**Kretschmer:**

Das deutsche Lieferkettengesetz ist ein bürokratisches Monster. Es gehört abgeschafft. Es passt nicht in die Zeit. Man kann der FDP nur dankbar sein, dass sie das gleichnamige Gesetz auf der europäischen Ebene anhält.

Müssen wir ein Szenario entwickeln, was passieren würde, wenn Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine gewinnt?**Kretschmer:**

Jetzt muss auch dem Letzten klar sein, dass Russland nicht der nette Nachbar ist. Es ist eine gefährliche Diktatur. Das Einzige, was Russland beeindruckt, ist Stärke. Die Voraussetzung für unsere Stärke ist eine funktionierende Wirt-

schaft. Wenn wir ökonomisch schwach sind, können wir uns unsere Verteidigung nicht leisten. Die aktuelle Wirtschaftspolitik dieser Regierung nimmt Deutschland die Kraft und schadet unserer Sicherheit.

Wie kann aber die strategische Aufstellung aussehen, falls Russland nicht verliert?**Kretschmer:**

Wir brauchen eine moderne, leistungsfähige Bundeswehr in einem Verbund europäischer Armeen. Dieser Krieg muss jetzt angehalten werden. Das Sterben muss aufhören. Es sterben jeden

Tag 500 bis 1000 Menschen an der Front. Das Geld, das jetzt dafür eingesetzt wird, damit das Töten weitergeht, muss eingesetzt werden, um die eigene wirtschaftliche Kraft und die eigene und europäische Verteidigungsbereitschaft, inklusive der Ukraine, auszubauen.

Zeigt der Streit zwischen dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und seinem Militärführer, dass die Ukraine politisch labil ist? **Kretschmer:**

Die Menschen, die einen offenen Blick haben auf die Ukraine, waren schon immer der Meinung, dass zwischen

dem, was sie sehen und dem, was in Deutschland vermittelt wird, große Unterschiede bestehen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Russland der Aggressor ist und es keine, wirklich keine Rechtfertigung für diesen Angriff gibt. Ich betone es noch einmal, kein Quadratmeter ukrainischen Bodens ist russisch geworden. Diese völkerrechtliche Position ist nicht verhandelbar.

Interview: Thomas Vitzthum

Foto: Sebastian Kahnert, dpa